



Kein Freund des Fraktionszwangs: Ein Abgeordneter darf niemals gegen seine eigene Überzeugung abstimmen, glaubt Peter Gauweiler

PA/DEA

„Die Expertenhuberei ist mir suspekt“

Peter Gauweiler, CSU-Bundestagsabgeordneter und Kläger vor dem Verfassungsgericht, über Freiheit im Parlament und die Zukunft Europas

Peter Gauweiler, 62, kann zu den unabhängigsten Abgeordneten der Republik gezählt werden. Er hat seinen Münchner Wahlkreis zweimal direkt gewonnen, als Mitinhaber einer gut gehenden Anwaltskanzlei ist er von der Politik materiell nicht abhängig. Am kommenden Mittwoch entscheidet das Bundesverfassungsgericht über seine Klage gegen das erste Rettungspaket für Griechenland.

WELT AM SONNTAG: Herr Gauweiler, Sie sind ein freier Mensch, oder?
PETER GAUWEILER: Hmm ... ein bisschen.

Welcher Abgeordnete im Bundestag kann das noch von sich behaupten?
 Im Prinzip jeder. Wir sind frei von staatlichem Zwang. Ob wir nun Parlamentarier sind, Elternvertreter, Betriebsräte, BDI-Präsidenten oder Gewerkschafter: Wir sind zwar alle Zwängen unterworfen. Dennoch kann man sich die Freiheit nehmen. Und manchmal muss man sie sich nehmen.

Das tun aber nicht viele Abgeordnete.
 Ich bin auch abhängig davon, dass meine Parteibasis mich wieder aufstellt. Allerdings sollten wir unser Wahlrecht verbessern. Für die Wahl von Listen spricht zwar, das damit auch kleinere politische Einheiten eine Chance haben, in Parlamente einzuziehen. Dagegen spricht freilich, dass nicht das Volk die Kandidaten aussucht, sondern Parteigremien. Man sollte den Wählern die Möglichkeit eröffnen, auch auf der Liste auszuwählen. Das ist bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Bayern der Fall.

Heribert Prantl hat Sie in einem Aufsatz für „Cicero“ als „Intellektuellen in Lederhosen“ beschrieben, der Bierzelte zum Toben bringen kann – mit „Positionen, die weitab von dem liegen, was CSU und CDU gerade vertreten“. Bedeutet politische Popularität heutzutage, sich als Politiker von der eigenen Partei abzusetzen?
 Diese Absetzerei kann natürlich auch zum billigen Trick werden. Und ich gebe zu: Ich muss mich da manchmal beherrschen. Aber als Volksvertreter übe ich ein Mandat aus. Zwischen der Vertretung des Volkes und diesem Mandat sollte nichts stehen, auch keine Partei. In diesem unmittelbaren Verhältnis muss Wahrheit herrschen. Natürlich wird man

sich in politischen Vereinigungen auch immer absprechen, damit Mehrheiten zustande kommen. Aber am Ende geht es um eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen. Gegen sein eigenes Überzeugtsein darf man nicht abstimmen. Völlig egal, bei was.

Der Schriftsteller Wolfgang Koeppen hat 1953 in dem Roman „Das Treibhaus“ einen Bundestagsabgeordneten namens Felix Keetenheuve kreiert, einen melancholischen Idealisten, der nach der Erfahrung des Exils an den Tricksereien des Bonner Betriebs zerbricht. Findet man solche Gestalten heute noch im Parlament – also Menschen, die Politik ganz persönlich nehmen? Kann man sich das als Parlamentarier überhaupt leisten?

Koeppen hatte übrigens eine 16-jährige Geliebte und der unglückliche Held in seinem Roman auch – ein schöner Bezug zur Gegenwart. Der Schriftsteller, den Sie zitieren, hat sich selbst als gescheiterten Menschen empfunden. Das „Treibhaus“ sollte den ganzen Politikbetrieb karikieren. Es gibt die Einsamkeit des Torwarts vorm Elfmeter und die Einsamkeit des Abgeordneten vor der Abstimmung. Gelegenheit zum Scheitern hat man überall. Aber wer als Politiker nicht recht bekommt, ist deshalb nicht zwangsläufig gescheitert. Ob richtig oder falsch, wird im zeitlichen Abstand ganz unterschiedlich bewertet, von einer Woche, einem Tag oder zehn Jahren. „Nur wer sicher ist, dass er nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er bieten will – nur der hat den ‚Beruf für Politik‘“, schreibt Max Weber.

Koeppens Keetenheuve scheitert: „Die Menge ahnte, er zweifle, und das verzehle sie ihm nicht“ heißt es im „Treibhaus“. Darf ein Politiker, der Erfolg haben will, öffentlich zweifeln?

Ich finde Zweifeln ganz sympathisch. Wenn der Redner sagt: Ich habe keine hundertprozentige Antwort, wird die Menge ihm das nicht übel nehmen. Ich habe gerade den neuen Woody-Allen-Film gesehen. Da trifft der Hauptdarsteller bei einer Zeitreise im Paris der 20er-Jahre die Literaturpöppel Gertrude Stein, die Hemingways Regel für wirklich gutes Schreiben zitiert, die auch für gutes Reden gilt: „Du musst versuchen, einen wahren Satz zu schreiben. Schreib den wahrsten Satz, den du weißt.“ Wenn alle Abgeordneten plötzlich sagen: Wir wissen, welche Energiepolitik richtig ist,

müsste ich sagen: „Ich weiß es nicht wirklich.“ Wenn das die Wahrheit ist, wird sie mir kein Zuhörer übel nehmen, weder im Bierzelt noch im literarischen Salon.

Den Rat von Hemingway kann nur beherzigen, wer auch eine innere Wahrheit findet, wenn er sie sucht. Woran soll sich aber ein Abgeordneter abarbeiten, dessen aufregendste Lebenserfahrung im Ausfüllen eines Bafög-Antrages bestanden hat?

Vielleicht haben wir zu wenig Typen in der Politik. Aber glücklich das Land, dessen junge Generation dem Tod nicht ins Auge blicken musste wie in der Jugend von Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß oder Willy Brandt. Niemand zwingt uns doch, aus der politischen Debatte die Spannung so herauszunehmen, wie unsere Parteien das tun. Wir verzichten auf Vorwahlen, haben im Bund kaum Direktwahlen. Mein aufregendster Wahlkampf, den ich leider verloren habe, war die Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt von München. Das Publikum konnte auswählen. Und was die Sehnsucht nach kantigen Figuren in der Politik betrifft: Manchmal täuschen wir uns in Menschen. Nehmen wir den Bundespräsidenten. Alle dachten zunächst: Ach ja, da kommt wieder so ein glattes, sorgenloses Gesicht. Und dann las man plötzlich über ihn die hochdramatische Geschichte seiner Jugend, einer Jugend, die von vielen Verletzungen begleitet war und ihrer Überwindung ...

... die Geschichte stand übrigens in der „Welt am Sonntag“.

Ja, sie zeigt, dass Politiker sich nicht hinter Resopalplatten verstecken sollten. Drama gibt es bei jedem, man muss nur nachschauen.

In den vergangenen Monaten mussten die Bundestagsabgeordneten eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen fällen, zur Energiewende, zur Griechenland-Hilfe. Wie stark muss man sich da als Abgeordneter auf die Expertise von Fachleuten verlassen?

Natürlich gibt es eine Arbeitsteilung. Aber mir ist das Expertenwesen unter den Politikern suspekt. Diese Experten-Politiker wissen in der Regel nur um ein paar Thesenpapiere besser Bescheid, und wenn sie Minister sind, um die Zusammenfassung ihrer Vorlagen. Die Aufgabe des Parlaments ist aber die Richtungsentscheidung, nicht die Expertenhuberei. In der Euro-Debatte sind wir umzingelt von Experten, die alle reden wie In-

vestment-Banker. Tatsächlich müsste man gegen bestimmte diesbezügliche Unarten nur Ordnung schaffen wollen. Das ist ganz einfach.

Hat der Euro eine Zukunft? Oder ist das auch nur eine Glaubensfrage?

Sie wissen ja: Prognosen sollte man vermeiden, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Aber die Aufgabe des Staates ist nun einmal auch das Geldwesen. Natürlich kann man Aufgaben der Notenbank auf die Europäische Zentralbank übertragen. Aber nur dann, wenn sie den Kriterien der Unabhängigkeit genügt und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet ist. So steht es im Grundgesetz. Wenn die EZB davon abfällt, dann verlangt die Verfassung etwas anderes. Am Ende geht es um die Frage, ob der Euro als Währung von Wertaufbewahrung noch etwas taugt.

Und daran zweifeln Sie.

Im Moment halten wir die Inflation noch klein. Aber die Geldmenge vergrößern und den realen Wert derselben halten wollen, kann auf Dauer nicht funktionieren. Das versteht jeder. Wir erleben einen immer größer werdenden Abstand zwischen realer Wirtschaft und den Handelszahlen einer sogenannten Finanzwirtschaft in dreistelliger Billionenhöhe. Jetzt werden immer neue kontinentale Verschuldungsförderungsprogramme aufgelegt. Sie sind so gestaltet, dass das bereits hoch verschuldete Deutschland seinen Schuldenrahmen erhöht, damit noch mehr verschuldete Staaten weiter Schulden machen können. Das ist so, als ob Sie ein Kraftwerk, das vor Hitze glüht, noch mehr anheizen.

Im Moment stehen zwei Szenarien im Raum. Entweder eine Transferunion – oder ein Auseinanderbrechen des Währungsraums.

Die Geschäftsgrundlage des Euro war die Verabredung grenzüberschreitender Stabilitätskriterien, um die Währung einer Reihe von europäischen Staaten zu supranationalisieren. Dieser Vertrag wurde gebrochen. Deswegen ist die alles entscheidende Frage: Sind die Euro-Länder bereit und in der Lage, zu diesen Regeln zurückzukehren.

Wenn Sie dagegen sind, Griechenland mit einem Rettungspaket zu stützen – was schlagen Sie stattdessen vor?

Wir stützen doch nicht Griechenland! Wir stützen 25 oder 30 weltweit tätige Investment-Banken und ihre wahnwitzigen

Geschäfte, hinter deren Derivaten ja immer weniger Sachwerte stehen. Das kommt mir vor wie Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Der steht bekanntlich nackt da, und keiner will es merken. Als ein Kind das endlich ausspricht, herrschte Erleichterung. Auf die Politiker wartet dagegen die Scham, eine katastrophale Entwicklung nicht gesehen haben zu wollen.

Wie lässt sich die verhindern?

Wir brauchen die Wiederherstellung von Vertragstreue. Wenn man Monopoly spielt und keine Scheine mehr hat, kann man auch nicht auf den Geldstapel seines Nachbarn zurückgreifen. Man muss ein Spiel auch verlieren können. Nur dann kann man neu wieder anfangen.

Also Staatsinsolvenz?

Staaten sind weltweit schon über 800 Mal pleitegegangen und haben dann mit einem Schuldenschnitt wieder von vorn angefangen. Einfach war das nie. Was ich den Wirtschafts- und Finanzministern wirklich übel nehme, ist, dass sie aus der internationalen Bankenpleite von 2008 keine Konsequenzen gezogen haben und aus den unkontrollierten und ungeprüften Kreditvergaben auch nicht. Die Bankaufsichten sind blind und taub geblieben. Das Spiel von Leerverkäufen und Verbriefungen wurde international weiter getrieben, die undurchsichtigen Rechnungslegungsstandards und die Zweckgesellschaften auch. Wir befinden uns in der Hand von ein paar Hundert Manhattan-Boys mit unterschiedlichen Pässen, denen die demokratischen Staatswächter nicht Herr

werden und nicht Herr werden wollen. Für Deutschland bekommen diese Leute bis heute auch dann noch eine Banklizenz, wenn sie kein einziges Wort der staatlichen Banken-Aufsicht verstehen.

Wenn diese Analyse stimmt, warum wird daraus keine praktische Politik?

Das ist das Problem. Wir sind auf dem Weg in eine weltweite, managergesteuerte Finanzdiktatur, die mit fremdem Geld spielt und verspielt. Die Erkenntnis ist da, links wie rechts. Aber daraus folgt leider zu wenig. Den Kreditinstituten hätten schon längst der nicht kundenbezogene, eigennützige Eigenhandel und die diesbezüglichen Geschäfte mit Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften untersagt werden müssen.

Sind die nun propagierten Vereinigten Staaten von Europa die Lösung?

Das klingt nach einer EU-USA und wäre kulturell ein Rückschritt. In der aktuellen Finanzkrise brächte es uns keine Entlastung. Zum einen hätte Europa als Riesenreich seine Bestimmung verfehlt. Der Wert Europas besteht im kulturellen Unterschied, in der versöhnten Verschiedenheit. Nicht Einheitsstraßen, Einheitsessen, Einheitskleidung. Zum anderen: Wenn es in Brüssel einen europäischen Herrn Schäuble gäbe, könnte der in Griechenland nicht mehr bewirken als der deutsche Herr Schäuble bei Herrn Wowereit und seinem Landeshaushalt. Wir hätten zwar den totalen Länderfinanzausgleich – die Deutschen müssen zahlen – aber sonst wäre nichts gewonnen. Und wir wären wegen der nervigen Sparappelle gegenüber allen anderen unbeliebt wie in alten Zeiten.

Der Papst kommt nach Deutschland. Freuen Sie sich auf den Pontifex?

Was den Papstbesuch angeht, muss jeder entscheiden, wo er hingehört, wo sein Herz schlägt. Ich freue mich besonders auf seine Rede im Bundestag. Ich habe Papst Benedikt XVI. vor vier Wochen in Castel Gandolfo getroffen und kenne ihn seit vielen Jahren.

Dabei sind Sie Protestant.

Ich bin ein alter protestantischer Papst-Anhänger. Auch als Lutheraner sehe ich in ihm den obersten Bischof der Christenheit. Die zwei Kirchenväter Joseph Ratzinger und Martin Luther – das ist meine Kirche.

*Das Gespräch führte
Claus Christian Malzahn*